

Bericht über die Entwicklung in Polen

Mai 1959

Seite:

<u>A. Innere Entwicklung</u>	1
<u>I. Politische Ereignisse</u>	1
1) 1.-Mai-Feier in Warschau	1
2) Woche der Westgebiete	2
3) Probleme der Betriebszeitungen	8
4) Unabhängige Richter - engagierte Justiz	8
<u>II. Wirtschaft</u>	9
1) Modernisierung der Eisenbahn	9
2) Eisenverhüttung in Polen	10
3) Landwirtschaftspolitik	11
4) Handels- und Versorgungsgenossenschaften auf dem Lande	12
5) Kommunale Einrichtungen in den Städten Polens	12
6) Polen exportiert vollständige Fabrikausrüstungen	13
7) Geologen erschließen neue Reichtümer	14
<u>III. Kulturelle und soziale Probleme</u>	15
1) Schulreform	15
2) Fluktuation der Belegschaften in der Industrie	17
3) Bereich des Privatlebens	18
<u>B. Polen und Ausland</u>	20
1) Internationale Pressekonferenz in Ostberlin	20
2) Polnisches Parteiblatt über SPD-Deutschlandplan	20
3) Studienreise der polnischen Kommunisten nach China	21

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) 1.-Maifeier in Warschau

"Vor der Tribüne wird eine kleine Schlacht veranstaltet. Die als mittelalterliche Ritter verkleideten Teilnehmern kämpfen - in zwei Gruppen aufgeteilt - verbissen gegeneinander nach allen Regeln der damaligen Kriegskunst. Der Höhepunkt wird erreicht, als einer der 'Ritter' sein hölzernes Schwert verliert, und sich zwei Kampfhähne wortwörtlich in die Haare gehen. Man muß sie mit Gewalt voneinander trennen. Das ganze soll eine Episode aus der alten Geschichte Polens darstellen.

Bald sieht man Feuerwehrleute beim 'Einsatz'. Das Publikum belustigt sich beim Anblick eines Feuerwehrmannes, der seinen Schutzhelm verliert, der mit großem Getöse auf das Straßenpflaster fällt.

Und dann gibt es viel Lachen und Angeberei: Die Pfadfinderreihen ziehen an der Tribüne vorbei. Kleine Dreikäsehochs haben Mühe, mit ihren großen Kameraden Schritt zu halten."

Man könnte denken, hier handele es sich um die Beschreibung eines beliebigen Heimatfestes. Weit gefehlt. Es sind Ausschnitte aus den Presseberichten über den Aufzug am ersten Mai in Polens Hauptstadt.

"Seit 15 Jahren" - schreibt am 1. Mai das Blatt "Życie Warszawy" - "begeht man diesen Tag feierlich, in Massen und laut. Es war während dieser Jahre auch so, daß uns das Übermaß an offiziellen Tun und der Fassadengeist dieses Fest verdorben haben. Das hat sich geändert. Es ist auch nicht notwendig nach Gründen zu suchen, warum es sich geändert hat. Man braucht heute keine Umwege, um den eigentlichen Sinn der Maifeier zu erkennen."

Seit zweieinhalb Jahren werden in Polen weniger Parteifeiern veranstaltet. Viele andere Erscheinungen des Polnischen Oktobers sind inzwischen schon geändert worden, diese hat sich erhalten. Der Oktoberumschwung brachte den Menschen in Polen weniger Freiheit und - bisher - weniger Brot, als sie es damals erwartet haben. Aber heute nennt man zumindest viele Sachen beim Namen. Man begnügt sich nicht damit, einen unschönen Hintergrund mit pompöser Fassade zu verdecken, sondern man gibt sich Mühe, die Zustände im Hintergrund zu ordnen. Wer seit langen Jahren einen grauen Alltag erlebt, der haßt den offiziellen Pomp, der ihm bei festlichen Anlässen weismachen will, er lebe in einem Paradies. Der Alltag vieler Menschen in Polen ist heute noch sehr grau, aber in den meisten Fällen gibt man es auch offiziell zu und sucht nach Mitteln, um das zu ändern.

Das GOMULKA-Regime hat darauf verzichtet, Menschen, die sich unzufrieden fühlen, zu zwingen, sich als glücklich und zufrieden zu zeigen. Davon wird zwar noch nicht viel anders, aber damit ist eine Methode des alten Regimes, die aus Menschen unterwürfige und zu jeder Selbstverleugnung befeite Sklaven machen sollte, entfallen.

Beim Aufmarsch am 1. Mai wollte man zufriedene, lachende Gesichter sehen. Wer sich noch vor ein paar Jahren an diesem Tage verdrossen gab, der konnte leicht zu einem Oppositionellen gestempelt werden. Ein ostentativ zur Schau getragener Frohsinn war an diesem Tage vom Selbsterhaltungstrieb diktiert. Heute ist man geschickter. Was früher unter Terror geschah, erreicht man heute damit, daß man dem 1. Mai den Charakter eines Volksfestes gibt. Durch diese Gestaltung des 1. Mai brachte man dem Volk echte Freude. - darum ging es ja schließlich. Die Art, wie man das Problem gelöst hat, könnte für das neue Regime als symptomatisch bezeichnet werden. Die Organisatoren des Festtages am 1. Mai in Warschau haben bewiesen, daß sie mit harmlosen Mitteln das gleiche erreichen können, wozu andere heute noch Terror und Spitzel brauchen.

Warschau konnte am 1. Mai 1959 einen prominenten Gast auf der Ehrentribüne bewundern. Der indonesische Staatspräsident SUKARNO weilte zu einem offiziellen Besuch in der polnischen Hauptstadt. Es wurde aus diesem Anlaß sowohl von SUKARNO als auch von den Gastgebern viel über Gemeinsamkeit der Ziele und Brüderlichkeit geredet. In einem Schlußkommuniqué haben die Polen die indonesischen Ansprüche auf West-Neuguinea unterstützt, das weiterhin holländisch verwaltet wird. Diese Bereitwilligkeit konnte aber den indonesischen Präsidenten nicht dazu bewegen, sich zu den polnischen Grenzfragen zu äußern. Er begnügte sich lediglich mit der Feststellung, daß Indonesien der polnischen Initiative zur Schaffung einer atomfreien Zone in Mitteleuropa mit Sympathie begegnet. (Bei dieser Gelegenheit kann daran erinnert werden, daß sich die polnische Delegation bei ihrem Besuch in Indien vor ein paar Jahren ähnlich als Befürworter der indischen Ansprüche auf Kaschmir deklarierte, ohne von Nehru ein entsprechendes Entgegenkommen in der Frage der polnischen Westgrenze zu erreichen).

2) Woche der Westgebiete

Der Oktober 1956 brachte eine entschiedene Wendung in der Frage der Westgebiete. Der Wiederaufbau und die Besiedlung dieser Gebiete, die gleich nach

dem Kriege vielversprechend, wenn auch spontan und nicht ausreichend organisiert, startete, erlitt in den Jahren der Stalinisierung (1949-1955) einen Rückschlag. Diese Jahre brachten nicht nur keinen Fortschritt, sondern auf vielen Gebieten - z.B. der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der mittleren und kleinen Städte - einen deutlichen Rückschritt.

Seit dem Machtantritt GOMULKAs hat sich in dieser Beziehung vieles geändert. Die zwischen dem 9. und 16. Mai veranstaltete "Woche der Westgebiete" sollte u.a. einer propagandistischen Auswertung der unbestrittenen Erfolge Schlesiens, Pommern und Ostpreußen dienen.

Unter den heute für die Entwicklung der polnischen Westgebiete verantwortlichen Männern verdienen zwei besondere Erwähnung: Der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft zur Entwicklung der Westgebiete, das ZK-Mitglied Zenon NOWAK, der gleichzeitig Vorsitzender der Regierungskommission für die Westgebiete ist. Diese beiden Männer tendierten im Oktober 1956 zu der stalinistischen Minderheit, die sich in scharfer Opposition zu GOMULKA stellte. Später sahen sie die Aussichtslosigkeit ihrer politischen Position ein und machten den Gang nach Canossa. Der Parteichef beauftragte sie, die Beseitigung der Fehler der stalinistischen Ära, die sich in den Westgebieten weit stärker als in Zentralpolen ausgewirkt haben, zur "Bewährung" durchzuführen und eine weitere Integration dieser Gebiete mit dem übrigen Polen voranzutreiben.

Während einer Pressekonferenz am 4. Mai in Warschau, die der Problematik der Westgebiete gewidmet war, ermahnte der Vizepremier NOWAK die Presse, sie solle die Erfolge beim Wiederaufbau und der Bewirtschaftung dieser Gebiete besser herausstellen, weil anderenfalls das wichtigste Argument bei der Bekämpfung der revisionistischen Propaganda nicht ausreichend ausgenutzt werde.

IZYDORCZYK meinte, vor der Presse stehe die Aufgabe, die Ziele der "westdeutschen, revisionistischen Propaganda" im richtigen Licht zu zeigen. Der deutsche Revisionismus, so meint IZYDORCZYK, müsse als reale und ernste Gefahr, als eine Fortsetzung der Politik des "Dranges nach Osten" betrachtet werden. Andererseits solle man auf die entscheidende Tatsache hinweisen, daß es Kräfte gebe, die sich dem Revisionismus wirksam entgegenstellen können, und daß Volkspolen zu einem Staatenblock gehört, der den Frieden verteidigen könne.

Laut den neuesten Informationen ergibt sich in den Oder-Neiße-Gebieten folgendes Bild:

Bevölkerung: Die Westgebiete werden jetzt von 7,5 Millionen Menschen bewohnt. (8,5 Mill. vor dem Krieg). Davon kamen aus den früheren polnischen Ostgebieten 1,7 Mill., aus Deutschland, Frankreich, England kamen 0,2 Mill. Polen, aus Zentralpolen 2,1 Mill. Weitere 0,9 Mill. umfaßt die Gruppe der polnisch sprechenden Oberschlesier und Masuren und 2,6 Mill. beträgt die Zahl derer, die in diesen Gebieten schon nach 1945 als Kinder der Angesiedelten geboren wurden.

Gefühl der Sicherheit:

"Es ist nicht schwer, die Resultate der neuen Politik gegenüber den Westgebieten zu bemerken. Sie hat allen Gefühlen des Provisoriums ein Ende gemacht. Die Einwohner von Görlitz und Guben (gemeint sind die am rechten Oderufer gelegenen Stadtteile) denken heute nicht an Kofferpacken, sondern an den Kauf eines Häuschens und Fernsehapparates."

So formuliert "Trybuna Literacka" am 10. Mai die Wandlung, die in der Einstellung eines großen Teiles der Bevölkerung nach dem Oktober 1956 eingetreten ist. Das Provisorische weicht dem Gefühl der Selbsthaftigkeit. Ein interessantes Beispiel dieser Wandlung führt "Trybuna Ludu" vom 17. Mai an: Die Gerichte verhandeln über die ersten Strafsachen zwischen den angesiedelten polnischen Bauern in den Westgebieten den Grundbesitz betreffend. Zwar gibt es nichts Erfreuliches in der Prozeßsucht, meint das Blatt, aber weil es sich um die Teile eines Bauernhofes handelt, die sich zwei Bauern streitig machen, sieht man daraus, wie sehr sich die Mentalität des Ansiedlers in den letzten Jahren geändert hat.

"Es ist nicht nur die Folge der neuen Einstellung der Zentrale gegenüber den Problemen der Westgebiete und der dort lebenden Menschen. Eine neue Generation wächst heran, die sich an die Vorkriegszeiten (und auch die Kriegszeiten) nicht mehr erinnern kann..."

"Achtung vor den Zwanzigjährigen" schreibt "Trybuna Ludu" am 13. Mai und stellt die Haltung der jungen Menschen der Einstellung der älteren Generation gegenüber. Die Alten haben noch (zumindest in der Erinnerung) ihre alte Heimat. Soweit sie aus Zentralpolen eingewandert sind, besteht für sie immer noch die Möglichkeit, dorthin zurückzukehren, wo sie aufgewachsen sind. Es kommt vor, daß die Älteren alles hier im Westen Verdiente sparen, um sich in ihrem Heimatstädtchen für den Lebensabend ein Häuschen zu bauen.

Für junge Menschen gibt es solche Überlegungen nicht mehr. Es gibt keine alte Heimat, nach der sie sich sehnen können, weil ihre Heimat gerade hier im Westen ist. Zwischen den Ansiedlern aus Zentral- und Ostpolen und der einheimischen Bevölkerung in Oberschlesien oder in den Masuren gab es in den letzten vierzehn Jahren keine echte Verständigung. Mentalität, tägliche Lebensgewohnheiten usw. waren zu unterschiedlich, um diese Menschen sich nahe zu bringen. Aber auch hier zeichnet sich eine vollkommene Wandlung ab, wenn man die Beziehungen zwischen den "Zwanzigjährigen" betrachtet. Hier trennt die Vergangenheit nicht mehr. Das Parteiblatt schreibt von der wahren Tragödie, die junge Menschen in Oberschlesien oft erleben, wenn sie mit ihren Eltern nach Deutschland repatriiert werden. In diesem Zusammenhang wird der polnischen Schule ein Lob ausgesprochen, die eine völkische und soziale Integration der jungen Generation in den Westgebieten vollbracht habe.

Wirtschaft:

Laut Angaben des polnischen Wirtschaftsplaners, Prof. SPOCOMSKI, sind in den 14 Jahren ca. 200 Milliarden Zloty in den Westgebieten investiert worden. Das bedeutet genau ein Drittel der gesamten Investausgaben, die in dem gleichen Zeitraum in ganz Polen verbraucht wurden. Dabei muß man bedenken, daß die Westgebiete knapp ein Drittel des Staatsterritoriums und ihre Bevölkerung etwa ein Viertel der Gesamtzahl in Polen ausmachen. Nähere Angaben über die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Jahren und die Investvorhaben für die nächste Zeit macht "Trybuna Ludu" am 5. Mai:

In der Zeit von 1950-1959 wurden für den Ausbau der Industrie der Westgebiete rund 50 Milliarden Zloty verausgabt. Damit konnten in dem genannten Zeitraum etwa 210 größere Industriebetriebe in Gang gebracht werden, unter ihnen 63 neue Großobjekte.

Im nächsten Jahrfünft (1961-65) wird das Industrialisierungstempo der Westgebiete noch schneller wachsen. Die Mittel für die geplanten Investitionsvorhaben betragen 34 Milliarden Zloty. Nach den vorläufigen Angaben sollen von den 144 großen Industrierwerken, die im Fünfjahresplan gebaut werden, etwa 40 in den Westgebieten entstehen, nicht mitgerechnet die 20 neuen Betriebe, die in bisher ungenutzten Objekten anlaufen sollen. Man bemüht sich, die Disproportionen im Industrialisierungsstand der einzelnen Wojewodschaften und Regionen der Westgebiete zu verringern. Ebenso sorgt man sich um eine Verbesserung der Daseinsbedingungen der dort ansässigen Bevölkerung.

Im Sechsjahresplan war der übergroße Teil der für die Industrialisierung in den Westgebieten bereitgestellten Mittel auf industrielle Investvorhaben in drei

Wojewodschaften konzentriert worden: In den Wojewodschaften Breslau, Oppeln und Danzig. Die für diesen Zweck bestimmte Summe belief sich auf 77 % aller in den Westgebieten gebundenen Mitteln, während beispielsweise auf die Wojewodschaften Köslin und Allenstein nur 6 % der Investmittel entfielen. Etwas anders sieht es im jetzigen Fünfjahresplan aus. Der Anteil der letztgenannten Wojewodschaften an den industriellen Investaufwendungen erhöhte sich auf 9 %. Ähnlich wuchsen die Aufwendungen in der Wojewodschaft Grünberg, hingegen wird in der Wojewodschaft Settin langsamer investiert.

Ein gänzlich anderes Bild bietet die Landwirtschaft. Von den insgesamt 23 Milliarden Zloty, die im Sechsjahresplan für die Land- und Forstwirtschaft veranschlagt waren, entfielen etwa 12 Milliarden Zloty auf Investitionen in den Westgebieten. Davon hatte die Wojewodschaft Allenstein rund 10 % der Gesamtaufwendungen des Landes erhalten, die Wojewodschaft Köslin 8,5 % usw. Ähnliche Proportionen werden in den gegenwärtigen Fünfjahresplan übernommen.

Im nächsten Fünfjahresplan sollen die Disproportionen in der Industrialisierung der einzelnen Regionen der Westgebiete allmählich weiter abgebaut werden. Die Entwicklung der Westgebiete kann jedoch nicht ohne gleichzeitige Gewährleistung immer besserer Lebensverhältnisse für die dort wohnende Bevölkerung sowohl auf sozial-kulturellem als auch auf kommunalem Gebiet vorstatten gehen. Vor allem muß betont werden, daß der natürliche Bevölkerungszuwachs in den Westgebieten ein weit höherer ist als in den anderen polnischen Landesteilen. Dies zwingt dazu, auch künftig in schnellem Tempo Wohnungen, soziale und kulturelle Einrichtungen zu bauen, das Netz der Läden zu verdichten, diese besser zu beliefern, sowie die Schulen, Krankenhäuser usw. auszubauen.

Während des jetzigen Planjahrfünftes sollen beispielsweise 275 000 Wohnräume gebaut werden, für den Zeitraum 1961-65 sind weitere 502 000 Wohnräume vorgesehen. Das ist ein wesentlich rascheres Wachstum als in den übrigen Landesteilen. Für Generalreparaturen an Wohnhäusern sind im kommenden Fünfjahresplan 6,3 Milliarden Zloty bestimmt, 70 % mehr als im jetzigen Fünfjahresplan.

Die für den Ausbau des Wasserleitungs-, Kanalisations- und Gasnetzes bestimmten Mittel wachsen im kommenden Fünfjahresplan fast um das Doppelte an und erreichen die Höhe von 3,4 Milliarden Zloty; das sind 22 % der Gesamtaufwendungen des Staates für die Kommunalwirtschaft.

Für den Bau neuer Schulen sind 2,9 Milliarden Zloty vorgesehen, das sind 27 % der Gesamtaufwendungen des Staates für Zwecke der Volksbildung.

Die Pläne auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes sehen vor, die Zahl der Krankenhausbetten je 10 000 Einwohner der Westgebiete auf 60,5 zu bringen, bei einem Landesdurchschnitt, der um 10 Betten niedriger ist.

Die Mittel für die Entwicklung des Gesundheitsdienstes werden im kommenden Jahr fünf 1,2 Milliarden Zloty betragen, was 22 % aller dafür bestimmten Landesmittel sind.

Kulturelle Entwicklung:

In den letzten Veröffentlichungen der polnischen Presse wird darauf hingewiesen, daß besondere Erfolge bei der Hochschulgründung erreicht worden sind. So schreibt "Trybuna Ludu" am 5. Mai, daß es vor dem Kriege hier nur drei Hochschulen gab, so z.B. die Universität in Breslau und die technische Hochschule in Danzig. Heute gibt es in den Westgebieten 21 Hochschulen. Breslau ist das drittgrößte Hochschulzentrum in Polen geworden. Neben den Hochschulen gibt es noch ca. 80 wissenschaftliche Institute. Die Zahl der Studenten betrug vor dem Kriege 6000, heute sollen es 42000 sein.

Beim Vergleich der jetzigen mit den Vorkriegszahlen muß aber eine wichtige Korrektur vorgenommen werden. In der Zeit der Stalinisierung wurde das polnische Hochschulwesen dem sowjetischen Muster angepasst. So kam es, daß man die Fakultäten für Landwirtschaft, Volkswirtschaft und Medizin von den Universitäten trennte und aus ihnen eigene Hochschulen machte. Also gibt es heute in Breslau beispielsweise neben der Universität noch Hochschulen für Volkswirtschaft und Landwirtschaft, dazu die Akademie für Medizin. Die Zahl "Vier" müßte man hier auf "Eins" reduzieren, wenn man die Zahlen vergleicht. Zu neuen Hochschulzentren haben sich Gleiwitz (Polytechnik), Hindenburg, (Medizinische Akademie), Stettin (Polytechnik, medizinische und landwirtschaftliche Hochschule), Zoppot (Hochschule für Volkswirtschaft) und Allenstein (landwirtschaftliche Hochschule) entwickelt.

Wenn man aber aus den größeren Zentren, in denen sich ein reges kulturelles Leben entwickelt, hinauskommt, sieht das Bild weniger erfreulich aus.

"Außerhalb einer erwähnenswerten kulturellen Wirkung befindet sich noch das Dorf, besonders im nördlichen Teil... Je weiter man in den Bezirken Stettin, Allenstein und Oppeln von den Bezirkshauptstädten entfernt ist, um so melancholischer wird der Alltag der Kleinstädte, die über kein industrielles Hinterland verfügen."

So sieht "Trybuna Literacka" vom 10. Mai 1959 die Lage.

Die Liquidation dieser krassen zivilisatorischen Disproportionen wird als die größte Aufgabe der Kulturpolitik betrachtet.

3) Probleme der Betriebszeitungen

In über 400 größeren Betrieben erschien vor dem Oktober 1956 eine eigene Betriebszeitung. Ihre Zahl ist heute auf 120 reduziert worden. Die Betriebsleitungen zeigen die Tendenz, auch diese übrig gebliebenen Zeitungen zu liquidieren. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" spricht sich aber (am 6. Mai) entschlossen dagegen aus und untersucht die Gründe für den Rückgang der Zahl dieser Blätter.

Das Hauptorgan der Partei begründet die Existenzberechtigung von Betriebszeitungen. Sie sollen bei der besseren Erfüllung der Aufgaben des Wirtschaftsplanes helfen. Das schließt das Recht auf Kritik an der jeweiligen Betriebsleitung ein. Diese Leitung empfindet natürlich in den meisten Fällen jede Kritik als lästig und will sie dämpfen. Das wird ihr erleichtert, da die Redakteure der Betriebszeitungen reguläre Etatangestellte des Betriebs sind und dienstlich der Direktion unterstehen. Sie sind also in bestimmten Fällen Schikane oder auch der Drohung einer Entlassung ausgesetzt. Auf diese Weise verschwand die Hauptzahl der Zeitungen.

Die Redakteure der Betriebszeitungen haben in den letzten Jahren den verhängnisvollen Fehler begangen, sich von der Parteiorganisation im Betrieb unabhängig zu machen, ja sie wagten es sogar manchmal, die Betriebsparteiorganisation einer Kritik zu unterziehen. Das wird von "Trybuna Ludu" als eine Anmaßung bezeichnet. Die Betriebszeitung solle mit der Parteiorganisation eng zusammenarbeiten, von ihr begutachtet und beraten werden. Dann werde die Partei auch ihre schützende Hand über das Blatt halten können, falls es in Ungelegenheiten mit der Direktion gerät. In dem Artikel wird auch vorgeschlagen, daß die Redakteure der Betriebszeitungen nicht Betriebs-, sondern Angestellte der zentralen polnischen Pressegenossenschaft werden sollen um auf diese Weise von der Direktion unabhängig zu werden. Im übrigen denkt die Partei daran, alle in den letzten Jahren liquidierten Betriebszeitungen wieder zu reaktivieren.

4) Unabhängige Richter - engagierte Justiz

Das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit sei im heutigen Polen realisiert worden, stellte der Vorsitzende der Vereinigung der polnischen Juristen, Prof. JODLOWSKI, während der letzten Tagung am 24. Mai in Warschau fest.

"Dieser Faktor spielte eine entscheidende Rolle bei der Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung zu den Organen und der Arbeit der Rechtspflege."

Die richterliche Unabhängigkeit dürfe aber nur als Berechtigung des Richters gelten, einen konkreten Fall und seine Begleitumstände selbständig zu beurteilen. Gleichzeitig müsse aber eine enge Verbundenheit zwischen den Organen der Justiz und der Volksmacht bestehen. Die Justiz solle sich durch ihre Tätigkeit an der politischen und sozialen Entwicklung beteiligen. Das beziehe sich besonders auf die Auslegung der Gesetze durch die Gerichte, die mit den wirklichen Absichten des "Volks-Gesetzgebers" übereinstimmend sein müsse.

Mit anderen Worten heißt es, daß es keine unpolitischen Einrichtungen, sondern nur politisch engagierte Richter geben dürfe. Die seit mehreren Monaten entflammte Diskussion über den Status der Richter und der Justiz ist durch die Rechtsprechung der Gerichte bei der Beurteilung wirtschaftlicher Delikte entstanden. Das Regime verlangt von den Richtern scharfe Urteile gegen Diebe des Gemeineigentums, die abschreckend wirken sollen.

II. Wirtschaft

1) Modernisierung der Eisenbahn

Das Zeitalter der Dampflokomotive nähert sich auch in Polen seinem Ende. Vor zwei Jahren haben die Eisenbahnen die letzte Dampflokomotive gekauft. Das letzte Werk, das noch in Polen Dampflokomotiven herstellt, arbeitet für den Export (hauptsächlich für Indien). Man stellt sich langsam auf die elektrische- und Dieselloks um.

Die Länge der elektrifizierten Eisenbahnstrecke beträgt jetzt in Polen 700 km. Bis 1965 wird sie 2000 km erreichen. Nur die Hauptverkehrsstrecken sollten, nach Ansicht der polnischen Wirtschaftsplaner, elektrifiziert werden. Die Gründe der Wirtschaftlichkeit sprechen für die Beschränkung der zu elektrifizierenden Strecken auf ca. 6000 km. Es wird 20 bis 25 Jahre dauern, bis diese Länge der elektrifizierten Strecken erreicht wird. Die Umstellung auf Diesellokomotiven erfordert, anders als bei der Elektrifizierung, keine zusätzlichen Kosten. Im Laufe des nächsten Vierteljahrhunderts will man etwa 10 000 km Strecke mit Dieselloks betreiben.

2) Eisenverhüttung in Polen

160 000 Arbeiter der Hüttenwerke werden in diesem Jahr ca. 6 Mill. t Stahl produzieren. Vor dem Kriege betrug die Stahlproduktion nur ein Viertel dieser Menge.

Am 9. Mai beging man in Polen den Tag des Hüttenarbeiters. Der 1. Parteisekretär, GOMULKA, sprach in Kattowitz vor den Delegierten der Metallgewerkschaft. In seiner Ansprache stellte er fest, daß Polen noch nicht zu den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern gehöre, sich aber "im schnellen Marsch" auf dem Wege zu diesem Ziel befinde und es in erster Linie durch den Ausbau der Eisenverhüttung erreichen werde.

Die vor kurzem von manchen Seiten geäußerte Ansicht, daß eine übertriebene Entwicklung der Eisenverhüttungsindustrie wirtschaftlich nicht zweckmässig sei, bezeichnete GOMULKA als Beweis "geistiger Beschränkung und großer sozialer Schädlichkeit." Eine wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierung des Landes lasse sich nur auf der Basis der erhöhten Stahlproduktion erreichen. Im Jahre 1965 soll die Stahlproduktion ca. 9 Mill. t betragen.

Die scharfen Formulierungen, die GOMULKA gegen die Mahner vor einer übermäßigen Entwicklung der Eisenverhüttung gebrauchte, müssen eigentlich befremden. Man hat noch gut die Diskussionen aus der letzten Plenarsitzung des ZK vor dem Parteitag und die Parteitags-Diskussion selbst in Erinnerung. Damals war es gerade GOMULKA, der scharf gegen diejenigen Genossen auftrat, die eine Heraussetzung der Planziele für die Stahlproduktion in den nächsten sieben Jahren verlangten. Der Parteichef argumentierte, daß eine solche Politik sich unweigerlich ungünstig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken müsse, was für die Partei unannehmbar wäre. Die Befürworter des forcierten Ausbaus der Eisenhütten und Stahlwerke rekrutierten sich hauptsächlich aus den Kreisen der stalinistischen Opposition und den mit ihnen verbündeten "Fortgeschrittenen Katholiken" der Pax-Gruppe. Sie argumentierten u.a., Polen dürfe im Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung nicht hinter anderen Ländern des Sowjetblocks bleiben. Insbesondere verwies man dabei auf die CSR und die "DDR".

Der von GOMULKA vorgenommene Stellungswechsel dürfte auf die internen Abmachungen zwischen den KOMEKON-Ländern (Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten) zurückzuführen sein, die für Polen nun doch einen intensiveren Ausbau der Eisenhüttenproduktion vorsehen.

2) Eisenverhüttung in Polen

160 000 Arbeiter der Hüttenwerke werden in diesem Jahr ca. 6 Mill. t Stahl produzieren. Vor dem Kriege betrug die Stahlproduktion nur ein Viertel dieser Menge.

Am 9. Mai beging man in Polen den Tag des Hüttenarbeiters. Der 1. Parteisekretär, GOMULKA, sprach in Kattowitz vor den Delegierten der Metallgewerkschaft. In seiner Ansprache stellte er fest, daß Polen noch nicht zu den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern gehöre, sich aber "im schnellen Marsch" auf dem Wege zu diesem Ziel befinde und es in erster Linie durch den Ausbau der Eisenverhüttung erreichen werde.

Die vor kurzem von manchen Seiten geäußerte Ansicht, daß eine übertriebene Entwicklung der Eisenverhüttungsindustrie wirtschaftlich nicht zweckmässig sei, bezeichnete GOMULKA als Beweis "geistiger Beschränkung und großer sozialer Schädlichkeit." Eine wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierung des Landes lasse sich nur auf der Basis der erhöhten Stahlproduktion erreichen. Im Jahre 1965 soll die Stahlproduktion ca. 9 Mill. t betragen.

Die scharfen Formulierungen, die GOMULKA gegen die Mahner vor einer übermäßigen Entwicklung der Eisenverhüttung gebrauchte, müssen eigentlich befremden. Man hat noch gut die Diskussionen aus der letzten Plenarsitzung des ZK vor dem Parteitag und die Parteitags-Diskussion selbst in Erinnerung. Damals war es gerade GOMULKA, der scharf gegen diejenigen Genossen auftrat, die eine Heraufsetzung der Planziele für die Stahlproduktion in den nächsten sieben Jahren verlangten. Der Parteichef argumentierte, daß eine solche Politik sich unweigerlich ungünstig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken müsse, was für die Partei unannehmbar wäre. Die Befürworter des forcierten Ausbaus der Eisenhütten und Stahlwerke rekrutierten sich hauptsächlich aus den Kreisen der stalinistischen Opposition und den mit ihnen verbündeten "Fortschrittlichen Katholiken" der Pax-Gruppe. Sie argumentierten u.a., Polen dürfe im Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung nicht hinter anderen Ländern des Sowjetblocks bleiben. Insbesondere verwies man dabei auf die CSR und die "DDR".

Der von GOMULKA vorgenommene Stellungswechsel dürfte auf die internen Abmachungen zwischen den KOMEKON-Ländern (Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten) zurückzuführen sein, die für Polen nun doch einen intensiveren Ausbau der Eisenhüttenproduktion vorsehen.

3) Landwirtschaftspolitik

Die Agrarpolitik in Polen wird von drei Überlegungen bestimmt:

- 1) Eine Zwangskollektivierung verursacht unvermeidlich eine Senkung der landwirtschaftlichen Produktion.
- 2) ein möglichst hoher Stand der landwirtschaftlichen Produktion ist Voraussetzung für die schnelle Industrialisierung Polens, also für den Aufbau des Sozialismus;
- 3) bäuerliche Kleinbetriebe können auf die Dauer nicht rationell produzieren. Die Zerstückelung des Grundbesitzes setzt also die Erhöhung der Produktion eine Grenze.

Die Konsequenzen, die man aus diesen Überlegungen gezogen hat, lassen sich etwa so umreißen:

Der Staat gewährt sowohl den Einzelbauern als auch den Kolchosen und Staatsfarmen jedermögliche Art von Hilfe. Diese Hilfe soll den landwirtschaftlichen Produzenten eine Erhöhung der Produktion ermöglichen. Darüber hinaus sollen Kolchosen und Staatsgüter durch den hohen Stand ihrer Wirtschaft und Produktion den Einzelbauern ein anziehungskräftiges Muster der sozialistischen Wirtschaftsmethoden liefern. Die Bauern sollen zwar nicht in die Kolchosen hineingezwungen werden, man kann aber auch nicht ewig warten, bis sie sich freiwillig entschlossen haben, kollektiv zu arbeiten und zu wirtschaften. Die Produktionsgenossenschaft (Kolchose) ist aber nicht die einzige Form der sozialistischen Arbeitsmethoden auf dem Lande. Bevor die Bauern die Kollektivierung als die beste Lösung anerkennen - was unter Umständen sehr lange dauern kann - sollen sie sich schon mit den sog. "kleinen Formen" des Sozialismus auf dem Lande bekannt machen. Nicht nur Produktionsgenossenschaften, sondern auch Versorgungs-, Meliorations- und Maschinengenossenschaften können die Bauern zu den sozialistischen Arbeitsmethoden erziehen.

Alle diese Genossenschaften, landwirtschaftlichen Zirkel usw. spielen in den Plänen des Regimes eine große Rolle. Wie wichtig ihre Existenz und ihr Funktionieren GOMULKA erscheint, bewies die Tatsache, daß er, obwohl er auf jeden Zwang bei der Kollektivierung verzichtete, unumwunden vor dem Parteitag erklärte, man werde nicht vor "administrativen Mitteln" zurückschrecken, um die Gründung der Genossenschaften/Bauernzirkel usw. durchzusetzen.

Die "kleinen Formen" des Sozialismus auf dem Lande spielen schon heute eine beachtliche Rolle. Das Sachwertvermögen all dieser genossenschaftlichen Organisationen (landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften werden hier nicht gerechnet) beträgt heute ca. 5 Milliarden Zloty und erhöhte sich im

Laufe des Jahres 1958 um 672 Mill. Zl. Unter 16500 jetzt existierenden landwirtschaftlichen Zirkeln besitzen 5000 einen eigenen Maschinenpark. Auf diese Weise werden die Einzelbauern zu Miteigentümern der gemeinschaftlichen Produktionsmittel. Die Einzelbetriebe verflechten sich auf diese Weise mit den sozialistischen Wirtschaftsformen. Mit der Zeit wird diese Verflechtung immer stärker werden, der Übergang zu Produktionsgenossenschaften wird stufenweise und fast unbemerkt erfolgen. So hoffen es jedenfalls die für die neue Landwirtschaftspolitik verantwortlichen Männer.

Ob diese Politik das erhoffte Ergebnis - freiwilliger Zusammenschluß der Bauern zu Kolchosen - bringt, wird sich erst zeigen. Auf jeden Fall versprechen die neuen Methoden mehr Erfolg als diejenigen, die man früher angewandt hat.

4) Handels- und Versorgungs- Genossenschaft auf dem Lande

Über 2500 Dorfgenossenschaften, die gleichzeitig die Funktion der Dorfläden, Aufkaufsorganisationen, Gaststätten und manchmal Produktionsbetriebe einnehmen brachten 1958 etwa 1,8 Milliarden Zloty Gewinne, das ist um über eine halbe Milliarde mehr als 1957.

In den ersten Jahren ihres Funktionierens arbeiteten die meisten Dorfgensenschaften mit Defizit. Die Zahl der Unternehmen, die mit Verlusten arbeiteten, betrug 1956 760, 1957 242, 1958 34.

Die Zahl der Genossenschaften, die während eines Jahres mehr als 1 Million Gewinn herausgewirtschaftet haben, betrug 1956 - 157, 1957 - 249, 1958 - 440.

5) Kommunale Einrichtungen in den Städten Polens

Auf der Tagung der Techniker und Ingenieure im Kommunalwesen, die Ende Mai in Krakau stattfand, veröffentlichte man interessante Angaben über den Stand kommunaler Einrichtungen in Polen und die Pläne für die nächsten sieben Jahre. Die Zahl der Städte in Polen beträgt 832.

306 Städte verfügen über Kochgasversorgung. Ihre Zahl soll während der nächsten sieben Jahre um 109 wachsen. 1965 sollen also 415 Städte eigene Koch- und Leuchtgasversorgung haben.

Über 500 Städte besitzen Wasserleitungen, weitere 90 kommen bis 1965 dazu. Der Prozentsatz der Stadteinwohner, die einen Anschluß an das Wassernetz haben, soll von 67 % auf 77 % anwachsen.

Auf dem Lande gibt es nur 213 Dörfer, die über Wasserleitungen verfügen. Ihre Zahl soll 1965 etwa 1000 erreichen.

502 Städte sind kanalisiert, weitere 80 sollen es in den nächsten sieben Jahren werden. Die Länge des Kanalisationsnetzes soll von 13 000 auf 17 000 km erhöht werden. Für den Ausbau der genannten Einrichtungen will man in den Jahren 1959 bis 1965 fast 15 Milliarden Zloty verausgaben. Das ist fast das Fünffache von der Summe, die für die gleichen Zwecke in den Jahren 1945 bis 1958 ausgegeben wurde..

Die Zahlen geben einen Einblick in den niedrigen Stand der zivilisatorischen Einrichtungen vieler polnischer Kleinstädte. Es handelt sich hier um die Sünden der Teilungszeit Polens, Ganz besonders die Russen, aber auch die Donaumonarchie taten wenig, um die Städte in ihren damaligen polnischen Provinzen mit sanitären Einrichtungen auszustatten. Es genügt, wenn man eine Tatsache anführt: Lodz war im Jahre 1918, als der polnische Staat wiedererstand, die zweitgrößte Stadt des Landes und zählte über 500 000 Einwohner. Diese Großstadt hatte überhaupt keine Kanalisation und nur teilweise Wasserversorgung. Sie bildete damit wohl eine Ausnahme in Mittel- und Westeuropa unter den Städten dieses Ranges. Die von den Russen verursachte Vernachlässigung der polnischen Städte war beispiellos und konnte zwischen den beiden Weltkriegen vom polnischen Staat nur zum Teil aufgeholt werden.

6) Polen exportiert vollständige Fabrikausrüstungen

Die Internationale Handelsmesse in Posen soll einen Einblick in die polnischen Exportmöglichkeiten geben. Nicht nur einzelne Maschinen und Teile industrieller Ausrüstungen, sondern ganze industrielle Objekte können jetzt von Polen geliefert werden.

Seit mehreren Jahren exportiert Polen vollständige Einrichtungen von Zuckerrfabriken, Einrichtungen für die Baustoffindustrie u.a. In diesem Jahr ist die Liste vollständiger Produktionswerke, die Polen zu exportieren imstande ist, viel länger. Sie umfaßt komplette Schiffswerften, Objekte der Eisenhüttenindustrie, Betriebe, die Werkzeugmaschinen, Landwirtschafts- und Textilmaschinen herstellen, Fabriken für Eisenbahnwaggons usw. Weiter werden auf der Liste aufgeführt: Kesselhäuser für Holzfaserplatten, Papierfabriken, Sortier- und Spülanlagen für Kohlengruben. Weiter: Fabriken für Fahr- und Motorräder, Radio- und Fernsehapparate und endlich verschiedene Fabriken der Nahrungsmittelindustrie.

Diese erstaunliche Liste veranschaulicht, wie weit der Prozeß der Industrialisierung Polens fortgeschritten ist. Vor dem Kriege mußten 90 % der heute zum Export angebotenen Maschinen und Einrichtungen nach Polen importiert werden.

7) Geologen erschließen neue Reichtümer

Die nach dem Kriege vorgenommene Intensivierung der geologischen Untersuchung in Polen hat sich reichlich gelohnt und brachte Überraschungen, die wohl kaum von jemanden erwartet wurden.

Die größte Entdeckung der polnischen Geologen waren Schwefelerzvorkommen im Gebiet der Mittelweichsel auf der Höhe von Tarnobrzeg. Man vermutete dort zwar schon vor dem Kriege Schwefel, sensationell wirkten aber die Ausmaße und die Intensität der Schwefelerzvorkommen, die in wenigen Jahren Polen unter die größten drei Produzenten dieses Metalls der Welt bringen werden.

Weniger sensationell, aber für die Volkswirtschaft Polens von großer Bedeutung, war die Entdeckung von ergiebigen Erdgasvorkommen im südpolnischen Erdölgebiet. Alles Suchen nach größeren Erdölvorkommen in den Niederungen Nordpolens blieben hingegen bis jetzt aber erfolglos. Die Enttäuschung wurde nur teilweise durch Entdeckung von reichen Koch- und Kalisalzlagern im Posener Bezirk gemindert.

Eine nicht geringe Überraschung ergab die vor kurzem erfolgte Entdeckung neuer Kupfererzvorkommen in Niederschlesien. Sie sollen, was ihre Menge und die Konzentrierung betrifft, die reichsten in Europa sein.

Weniger Bedeutung hatte die Erweiterung der Eisenerzfelder, die die bescheidene eigene Förderung etwas vergrößerte. In den nächsten sieben Jahren sollen die geologischen Forschungen noch intensiver als bis jetzt geführt werden. Ihr Ziel soll in der ersten Linie Erdöl sein, dessen Existenz in den polnischen Niederungen fast mit Sicherheit vermutet wird. Heute noch ist Polen darauf angewiesen, etwa 80 % des eigenen Bedarfs durch Importe zu decken.

III. Kulturelle und soziale Probleme

1) Schulreform

Seit mehreren Jahren arbeitet man in Polen an der Reform des Schulwesens, die sich sowohl auf die Struktur der Schulen als auch auf das Lehrprogramm beziehen soll. Der polnische Volksbildungsminister, Wladyslaw BIENKOWSKI, äußerte sich in den letzten Wochen mehrere Male vor Pressevertretern über die Grundzüge der geplanten Reform.

a) Grundschulen:

Die Lehrzeit an den Grundschulen beträgt jetzt 7 Schuljahre. Seit langem schon plant man eine Verlängerung dieser Schulzeit. Die jetzt vorgenommenen organisatorischen Vorbereitungen sehen vor, daß ab 1965 eine 8-jährige Grundschule geschaffen wird. Die Verlängerung der Schulzeit auf neun Jahre bezeichnet der Minister als eine nächste Stufe nach 1965. Jetzt sei nicht daran zu denken, zumal man noch nicht durchsetzen konnte, daß alle Schulpflichtigen die 7-jährige Grundschule bis zum Schluß absolvieren.

b) Die Schulzeit an den Lyzeen:

Die Schulzeit an den Lyzeen, die die nächste Stufe nach der Beendigung der Grundschule darstellen, wird vorläufig auf die bisherigen 4 Jahre beschränkt, bleiben müssen. Pläne, die Lehrzeit in den Lyzeen auf 5 Jahre zu verlängern, muß man fallen lassen, da in den nächsten Jahren stärkere Jahrgänge die Lyzeen besuchen werden. Die verfügbaren finanziellen Mittel machen aber einen weiteren Ausbau dieser Schulen unmöglich.

c) Berufsausbildung:

Die Grundlinien der Schulreform sehen vor, daß nach der Beendigung der Grundschule jeder Absolvent zumindest 2 Jahre weiter lernen muß, um eine Berufsausbildung zu erhalten. Zu diesem Zweck sollen 2 Typen von Schulen geschaffen werden: Betriebsschulen und Berufsschulen.

1) Betriebsschulen:

Sie sollen für diejenigen Grundschulabsolventen geschaffen werden, die gleich nach der Grundschule eine Arbeit in der Industrie annehmen. Den Betrieben wird die gesetzliche Pflicht auferlegt, diese Jugendlichen weiterzubilden. Zu dem Zwecke wird ein Netz von zweijährigen Betriebsschulen errichtet. Im Jahre 1956 werden diese Betriebsschulen voraussichtlich 80 000 Schüler haben.

2) Berufsschulen:

Die Lehrzeit soll hier auch zwei Jahre betragen. Diese Schulen sind für Grundschulabsolventen bestimmt, die eine weitere Bildung an Fachschulen, Lyzeen oder Hochschulen nicht vorhaben. Sie sollen grundsätzlich den Grundschulen angegliedert werden. In Ausnahmefällen können sie aber auch in Anlehnung an Lyzeen geschaffen werden. Im allgemeinen sollen sie, organisatorisch gesehen, selbständige Einheiten bilden. Die organisatorischen Formen sollen aber nicht starr, sondern elastisch sein.

Die Berufe, auf die die genannten Schulen vorbereiten werden, müssen mit den Erfordernissen der gegebenen Region und mit den Interessengebieten der Bevölkerung im Einklang stehen. In den Dörfern werden das also vornehmlich Schulen für landwirtschaftliche Vorbereitung sein, daneben sollen aber auch Schulen mit Zuschnitt auf handwerkliche und Bauberufe entstehen. In den Städten wird das Berufsprofil durch die örtlichen Belange diktiert. Es ist vorgesehen, daß die Schulen für die Stadtjugend zunächst vier Unterrichtsrichtungen besitzen werden:

- 1) Metallindustrie und Elektrotechnik;
- 2) Bauwesen und Holzwirtschaft;
- 3) Textilindustrie;
- 4) Wirtschaft und Handel.

Außer den beruflichen Fächern werden auch allgemeinbildende Fächer unterrichtet, wie Polnisch, Geschichte, Geographie, Mathematik usw. Sie sollen jeder einzelnen Grundschule oder mehreren Schulen gleichzeitig zur Verfügung stehen. Die ersten Anstalten dieser Art sollen schon im Herbst 1959 gegründet werden.

d) Schulen für die Landjugend

Sie bilden den auf die dürftlichen Verhältnisse zugeschnittenen Typ von Berufsschulen und sind für die Jugend bestimmt, die in der Landwirtschaft arbeiten will. Mit ihrer Bildung hat man schon früher begonnen.

Im Winter 1957 waren 55 solcher Schulen ins Leben gerufen worden. Im darauffolgenden Schuljahr 1957/58 gab es bereits 700 Schulen dieses Typs mit rund 14.000 Schülern. Im gegenwärtigen Schuljahr sind es 1.034 Schulen, die von über 31.000 Jugendlichen besucht werden. Im kommenden Schuljahr soll sich diese Zahl nochmals um 50 % erhöhen. Diese Berufsschulen für die Landjugend sind für Grundschulabsolventen gedacht und in der Regel Grundschulen angegliedert. Das Lehrprogramm enthält theoretische Fächer und praktische Arbeiten in privaten Landwirtschaftsbetrieben, in genossenschaftlichen und Staatsgütern.

Darüber hinaus gibt es allgemeinbildende Fächer wie Polnisch, Mathematik und Wirtschaftsgeographie. Im kommenden Jahr sollen noch Geschichte mit Unterricht über Polen und Gegenwartskunde hinzukommen. An den Schulen, an denen die Verhältnisse es zulassen, werden noch Unterrichtsstunden insog. nicht obligatorischen Fächern abgehalten, die jedoch von der Jugend meist 100 %-ig besucht werden. In diesen Unterrichtsstunden werden die Jungen mit den Grundbegriffen der Tischlerei, Schlosserei, der Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft bekannt gemacht, während die Mädchen im Nähen und in Hausarbeit unterrichtet werden.

Das Lehrprogramm verteilt sich auf zwei Jahre. Es gibt aber auch noch freiwillige 3. Klassen mit einer sog. Spezialisierung, in denen außer allgemeinbildenden Fächern ein landwirtschaftliches Fachgebiet unterrichtet wird, so z.B. Gartenbau, Viehzucht, Fischzucht oder Imkerei. In dieser Klasse erhalten die Jugendlichen Einblick in die Probleme des ländlichen Bauens, der Instandhaltung und Reparatur von Gebäuden, der Herstellung von Baumaterialien aus örtlichen Rohstoffen usw.

Die Hauptrichtung der beabsichtigten Schulreform ist die Liquidation einer Kategorie von Menschen, die heute noch leider in großer Zahl vertreten sind: Ungelernte Arbeiter und Bauern.

2) Fluktuation der Belegschaften in der Industrie

Die unverändert starke Fluktuation der Industriearbeiter ist eines der schwierigsten Probleme der polnischen Wirtschaft. Bei den dauernd wechselnden Arbeitern ist natürlich an eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die von den polnischen Wirtschaftsexperten als *conditio sine qua non* einer weiteren Entwicklung betrachtet wird, nicht zu denken. Und die Fluktuation wird weiter das Schreckgespenst aller polnischen Wirtschaftsplaner bleiben, so lange die Arbeiter unterbezahlt sind und sich vom Stellungswechsel eine, wenn auch geringe Verbesserung ihrer materiellen Lage versprechen.

Eine Kommission, die seit mehreren Jahren sowohl mit der Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im oberschlesischen Industrievier als auch mit der Ausarbeitung eines langfristigen Wirtschaftsplanes für dieses Gebiet beauftragt wurde, veröffentlichte neulich Angaben über die Fluktuation der Belegschaften in den wichtigeren Produktionsbetrieben der Stadt Beuthen.

86 Betriebe beschäftigen hier 67 000 Arbeiter. Die Hälfte von diesen Arbeitern verließ im Laufe des Jahres 1958 ihren Betrieb. An ihrer Stelle mußten neue Kräfte beschäftigt werden.

Interessant ist auch die Feststellung, auf welche Weise diese Leute ihren Arbeitsplatz verließen. Es stellte sich heraus, daß ein Drittel von ihnen einfach eines Tages nicht mehr zur Arbeit erschien. Ein weiteres Drittel wurde auf eigenes Verlangen entlassen. Von dem Rest wurde die Hälfte disziplinarisch entlassen, die andere Hälfte überschritt die Altersgrenze und wurde Rentner.

Unter den Arbeitern, die ihren Arbeitsplatz verlassen haben, überwog die Jugend, vor allem die Jugendlichen unter 20. Frauen wechseln seltener den Arbeitsplatz als Männer. Die erdrückende Mehrheit unter den Arbeitswechselnden bilden die unqualifizierten Arbeiter.

Drei Gründe sollen nach dem Bericht der Soziologengruppe den Entschluß zum Wechseln des Arbeitsplatzes beeinflussen: Löhne, Löhne, nicht zusagende Arbeitart und Wohnungsfrage.

Die größte Tendenz zum Wechseln der Arbeit zeigen verständlicherweise die am schlechtesten bezahlten Arbeiter. In der niedrigsten Lohngruppe (bis 600 Zloty pro Monat) sind es 70 %. Eine gewisse Rolle spielt auch die Tatsache, daß für die gleiche Art der Beschäftigten in verschiedenen Industriebranchen, ja sogar in verschiedenen Betrieben, die zur gleichen Branche gehören, unterschiedliche Löhne gezahlt werden.

Wer keine Aussicht sieht, eine Wohnung zu bekommen und des Lebens im Arbeiterhotel überdrüssig wird, der sucht an anderen Orten sein Glück.

Besonders viele sind von der Arbeit in den Kohlenbergwerken enttäuscht und geben als Grund ihres Arbeitswechsels die Tatsache an, daß diese Art Arbeit ihnen nicht zusagt. Da sie meistens über keine Fachkenntnisse verfügen und der Bergbau ständig unter Mangel an Arbeitskräften leidet, gehen sie meistens von einer Grube zur anderen.

Sehr bezeichnend ist die Feststellung der Betriebsleitung: Sie sehen keine Chance für eine Besserung der Lage und sind sehr skeptisch, eine Stabilisierung der Belegschaften zu erreichen.

3) Bereich des Privatlebens

Wie weit darf der Bereich des Privatlebens sein, von dem man behauptet, er gehe nur das betreffende Individuum an? Mit dieser Frage beschäftigte sich "Zycie Warszawy" am 5. Mai.

Zu STALINs Zeiten durfte es keine Gebiete des menschlichen Lebens geben, die wirklich privat waren. Das Blatt erinnert an die Gepflogenheiten des damaligen

Verbandes der Polnischen Jugend. Schon wenn ein junger Mann ein Mädchen "ungehörig" anschaute, konnte diese Tatsache eine lange Diskussion in der Versammlung entfesseln, die unter Umständen sogar den Organisationsausschluß des Betreffenden nach sich zog. Es war eine goldene Zeit für alle Arten von Schnüfflern, Spitzeln und Denunzianten.

"Wie entfernt kommen uns diese Zeiten vor" - meint das Blatt. "Heute kann man sogar auf den Händen laufen, wenn das nicht gerade den Straßenverkehr stört, wird sich kaum jemand dafür interessieren. Es hat sich ein sonderbarer Kult des 'Privaten', der moralischen Selbständigkeit und Souveränität eines Individuums herausgebildet. Es gehört heute einfach zum schlechten Ton, die moralische Haltung eines Arbeits- oder Studienkamerades beeinflussen zu wollen."

Das Blatt mokiert sich über die "absolutisierung" der Prinzipien der Freiheit, "oder richtiger gesagt der Willkür". Man dürfe den Wert der erzieherischen Beeinflussung eines Menschen durch sein Milieu nicht unterschätzen. Außerdem bestehe die Gefahr, daß ein übertriebener Kult des "Privaten" Gefühlslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen, Sorgen und Kümernissen anderer Menschen hervorrufe.

Diese Kritik solle aber als die der Anerkennung eines privaten Bereiches eines jeden Menschen aufgefaßt werden. Ein autonomer Bereich müsse bleiben, der vor dem Eindringen der Umgebung geschützt werde. Wo die Grenzen dieses Bereiches zu ziehen sind, darauf gibt das Blatt jedoch keine Antwort.

B. Polen und Ausland

1) Internationale Pressekonferenz in Ostberlin

Am 6. Mai fand in Ostberlin eine internationale Pressekonferenz statt, auf der die Vertreter der CSR, der DDR und Polens zuden aktuellen deutschen Problemen Stellung nahmen.

Der polnische Botschafter in Ostberlin, Roman PIOTROWSKI, erinnerte an die Grundsätze der polnischen Außenpolitik, die u.a. die Aufrechterhaltung bzw. Herstellung der normalen Beziehungen mit allen Staaten, unabhängig davon, welches politische und gesellschaftliche System sie repräsentieren, erstrebe.

"Diese Grundsätze werden als das Prinzip der friedlichen Koexistenz bezeichnet. Gerade auf diesem Gebiet stößt Polen auf Schwierigkeiten seitens der Bundesrepublik. Durch deren Verschulden kam es nicht zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten... Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß die Verschiebung der Unterzeichnung eines Friedensvertrages und der Anerkennung der Grenze an der Oder-Neiße nichts weiter bezweckt, als die Spannung zwischen West und Ost aufrecht zu erhalten und diese internationale Situation zur Stärkung des militärischen Potentials Westdeutschlands auszunützen... Für Polen - meinte der Botschafter - ist die Oder-Neiße-Grenze endgültig, und jeder Versuch, sie zu ändern, würde entschlossenen Widerspruch des ganzen polnischen Volkes hervorrufen."

2) Polnisches Parteiblatt über SPD-Deutschlandplan

Das Hauptorgan der Partei widmet dem SPD-Deutschlandplan am 18. Mai einen Artikel, in dem es u.a. heißt:

"In vielen Punkten kann man mit diesem Plan nicht übereinstimmen, es muß aber zugegeben werden, daß im großen und ganzen die Sozialdemokraten eine realistische Haltung eingenommen haben..."

Was aber das Problem der Stadt Berlin betrifft, so entfernt sich die SPD hier vollständig von der im allgemeinen realistischen Haltung des 'Deutschlandplanes'. In der Berliner Frage vertritt sie die gleichen Thesen wie die Bonner Adenauer-Regierung...

In ihrem Plan erwähnt die SPD nirgends ein für die Wiedervereinigung so wichtiges Problem wie die Frage des Friedensvertrages. Diese Sache wird der künftigen Regierung Gesamtdeutschlands überwiesen. Der Friedensvertrag soll, ähnlich wie die Änderung des Status von Westberlin, erst nach der Regelung der deutschen Frage abgeschlossen werden, also von einem realistischen Standpunkt aus gesehen, auf unbestimmte Zeit

verschoben werden. Diese Tatsache schwächt das politische Gewicht des SPD-Planes als Mittel zur Erleichterung der Lösung der Deutschlandfrage stark ab...

Wenn wir auch aller dieser Mängel des SPD-Planes bewußt sind (so spricht man dort beispielsweise nicht über das Grenzproblem), so müssen wir doch sehen, daß eine Reihe von Realitäten dieses Planes ... positiv von den Bemühungen der SPD zur Lösung der deutschen Frage zeugen."

3) Studienreise der polnischen Kommunisten nach China

Ende Mai 1959 kehrte eine Delegation der PZPR von einer Chinareise nach Polen zurück. An der Spitze der Delegation stand Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Propaganda und ideologische Fragen Jerzy MORAWSKI. Die lange Dauer der Reise (einen Monat) sowie die Zusammensetzung der Delegation (u.a. Leiter der Abteilungen für Propaganda und Parteiorganisation) weist darauf hin, daß es sich hier um eine Studienreise gehandelt hat. In informierten Warschauer Kreisen weiß man, daß GOMULKA den dringenden Wunsch hatte, sich ein genaueres Bild über die ideologische und organisatorische Problematik der KP China machen zu können.

Die Beziehungen zwischen Polen und China, die während des Oktoberumschwungs betont herzlich waren, haben sich in späterer Zeit sehr abgekühlt. Die Leiter der chinesischen Partei, die durch ihre Ratschläge vor dem Oktober 1956 und durch die Intervention bei CHRUSCHTSCHOW während der entscheidenden Tage des Oktobers viel dazu beigetragen haben, daß die Machtübernahme durch GOMULKA stattfinden konnte und von Moskau akzeptiert wurde, distanzierten sich später mehr und mehr von den Ideen des Oktobers und gaben den Polen unumwunden zu verstehen, daß mit ihrer hochmaligen Unterstützung des polnischen Selbständigkeitsdranges nicht zu rechnen sei.

Im Laufe des letzten Jahres war GOMULKA bei der Beurteilung der inneren Entwicklung in China eigentlich auf das angewiesen, was er darüber von den Sowjets erfahren konnte. Dem polnischen Parteichef lag aber viel daran, ein genaueres Bild über die Ursachen der politischen und ideologischen Differenzen zwischen den zwei größten kommunistischen Staaten - China und der SU- zu bekommen. Der wendige und aufgeschlossene MORAWSKI schien dem I. Sekretär als der geeignete Mann, um eine solche Mission zu übernehmen.

Die polnische Delegation bereiste in China eine Strecke von 5.000 km, besichtigte 8 Provinzen, 11 Großstädte und viele andere Ortschaften. In einem

Abschiedsartikel, den MORAWSKI für das Hauptorgan der KP Chinas schrieb, betonte er, daß die chinesischen Genossen "eine unerschütterliche Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus" haben, verbunden mit der schöpferischen Fähigkeit, sie entsprechend der Bedingungen ihres Landes zu entwickeln und anzuwenden verstehen. Damit diese Formulierung keine Verstimmung bei den Sowjets verursache, beeilte sich MORAWSKI gleich danach zu betonen, daß sowohl für China als auch für Polen die Stärkung der Einheit des sozialistischen Lagers "ein fundamentaler Grundsatz ist".

Kurz nach der Rückkehr MORAWSKIS wurde offiziell bekannt, daß im Sommer 1959 mit dem Besuch einer chinesischen Parteidelegation in Polen zu rechnen sei.